

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstagspreis Nr. 68

Samstagspreis Nr. 68

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 6.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Telegraphische Adressen.

Postfach-Adressen.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gespaltene Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gespaltene Reklamezeile 5.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 241

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Mittwoch, 19. Oktober 1921 (Serdinand)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Berlin, 19. Okt. Der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages beschloß gestern wie der „Vorwärts“ mitteilt, in einer Sitzung beim Reichsanwalt mit der Frage der Kredithilfe durch die Industrie. Auch die politische Lage wurde besprochen, jedoch wurde eine Meinung nicht erreicht. Die Sozialdemokraten wiederholten ihre Erklärung, daß ein Rücktritt des Kabinetts nicht notwendig sei.

Berlin, 19. Okt. Die Kommunisten, die in Breslau wegen Bildung einer roten Armee in Untersuchungshaft saßen, waren als Protest gegen die langsame Fortführung der Untersuchung in den Hungerstreik getreten. Wie die „Volkshalle“ mitteilt, sind alle Inhaftierten bis auf den Kommunisten Delzner aus der Haft entlassen worden.

München, 18. Okt. Wie die Blätter melden, nimmt der Kräftezerfall bei dem früheren König Ludwig II. ständig zu.

Köpenhagen, 18. Okt. Aus Helsingfors erfährt Politiken: Maxim Gorki traf am Sonntag nachmittag an der finnischen Grenze ein. Er machte den Eindruck eines todkranken Menschen. Von hier aus begibt er sich wahrscheinlich über Reval nach Bad Nauheim zu einer Baderkur.

Berlin ohne Zeitungen.

Berlin, 19. Okt. Der Konflikt im Berliner Zeitungs- und Verlagswesen dauert an. Auch heute morgen sind nur die drei sozialistischen Zeitungen und die „Deutsche Zeitung“ erschienen. In einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Rud. Möller wurde in einem Bericht des Vorstehenden des Betriebsrates über den bisherigen Verlauf des Konfliktes erwähnt, daß sowohl das Tarifstreikverbot als auch das Tarifamt der Buchdrucker die Forderung des Druckereipersonals des Verlags Möller als unberechtigt erklärt haben. In der Aussprache und in einer Resolution wurde das Vorgehen der Firma, die nicht den Verhandlungsweg gewählt, sondern die Arbeiter streiklos entlassen hat, scharf verurteilt.

Die Abstimmung in Preußen.

Sanover, 17. Okt. Der hannoversche Kurier meldet: Bei der gestrigen Volksabstimmung über den Aufschub der Wahlrechtsreform stimmten bei 55 Proz. Wahlberechtigte 2546 für und 40 gegen den Aufschub. Die Entscheidung unterliegt nach der Abstimmung in den beiden Landtagen Waldeck und Preußen.

Handwerkerbeirat.

Berlin, 18. Okt. Den aus den Kreisen des Handwerks geäußerten Wünschen entsprechend hat der Reichswirtschaftsminister zur Herstellung einer engen Verbindung zwischen seinem Ressort und dem Handwerk einen „Handwerkerbeirat“ beim Reichswirtschaftsministerium gebildet. Auf Grund des Vorschlags des interfraktionellen Handwerksausschusses des Reichstages sowie des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat der Reichswirtschaftsminister u. a. folgende Herren als Mitglieder in den Beirat berufen: 1. als Vertreter der Arbeitgeber: Malermeister Gademann, Bildhauer, Lange-Gegegnann, Holzwärter, Generalsekretär Dr. Meisch, Sanover, Wollschneidermeister Thierkopf, Magdeburg, Obermeister W. Wagner, München, und 2. als Vertreter der Arbeitnehmer: J. Diermeier, Hamburg, Gewerkschaftsbeamter R. Hemminger, Berlin, Tischler Schumacher, Berlin, Josef Simon, Charlottenburg, Maurer Josef Wiedberg, Mahlsdorf bei Berlin.

Die andere Seite.

Durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlieren in Bayern nun auch die durch Verordnung vom 4. November 1919 aufrechterhaltenen Generalkommandobefehlsmachtungen über Jugendbeschäftigung ihre Gültigkeit. Diese Bestimmungen über das Rauchverbot, Wirtshausverbot, Verbot des Luthertreibens und des Lichtspieltheaterbesuchs durch Jugendliche unter 17 Jahren haben höchst segensreich gewirkt. Eine Anfrage von Abgeordneten der bayerischen Volkspartei regt nun an, im Wege der Ergänzung des Polizeigesetzes ein Verbot der Vergewaltigung über Jugendbeschäftigung zu erlassen. Auch bei uns kann hierin noch manches geschehen.

Der Sturz der Mark.

Berlin, 17. Okt. Die Jagd nach Devisen hält unvermindert fort an, ohne daß neuere Gründe für diese plötzliche katastrophale Entwicklung erkennbar wären. Einerseits sollen einige Zwangsbedingungen der Mark sein, andererseits spricht man von der Flucht von der Mark um jeden Preis. Bei der amtlichen Notierung war zu den schon gewaltig gestiegenen Kursen kaum Material erhältlich, so daß London nur mit 75 v. H. Antwort nur mit 80 und Brüssel gar nur mit 10 v. H. gegeben werden mußten. Während der offizielle Kurs für Ausgabungen London mit 705 festgesetzt wurde, waren englische Noten schon zu 730 gefragt. Um 2 Uhr 30 Min. hatte der Dollar bereits den Stand von 188 erreicht.

Vertagung des Obersten Rates.

Der ehemalige König von Bayern entschlafen.

Das Experiment mit Oberschlesien.

Meinungsverschiedenheiten.

Paris, 18. Okt. Obwohl der englische Botschafter Lord Hardinge gestern Abend von London nach Paris zurückgekehrt ist, ist die für heute vorgesehene neue Sitzung der Vorschlagskonferenz abgesetzt worden. Daraus ist ersichtlich, daß entgegen der Behauptung der Blätter die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London über die Auslegung des Genfer Spruches noch nicht beigelegt sind. (Wird wohl Aufschub sein. Das Endergebnis ist die übliche „längende Einheit“ oder besser der übliche weltpolitische Kuhhandel. Red.)

Englische Stimmen.

London, 18. Okt. Die englische Presse hält sich im allgemeinen in der Oberschlesienfrage sehr zurück. Einige Blätter, die Kritik üben, seien erwähnt. Der „Observer“ glaubt nicht, daß die schließliche Frage gelöst ist, und wirft den Vordenkern der Entscheidung in der englischen Presse vor, daß sie ihrem Wunsch, einen Erfolg des Völkerbundes zu verzeichnen, ihre bessere Erkenntnis zum Opfer brachten. Die „Daily Times“ befürchtet, daß die wirtschaftlichen Schutznahmen von französisch-polnischer Seite bald in den Wind geschlagen werden und nur die politische Teilung übrigbleiben werde, die so sinnlos sei, als wenn eine internationale Grenze etwa mitten durch Bessarabien gezogen werde. Das „Morning Post“ meint, die „Amateure“, deren ganze Kunst darin besteht, daß sie, zwischen zwei Gegenständen einen mittleren Weg zu finden.

„Sunday Chronicle“ faßt offen heraus, daß die Schiedsrichter unter französischem Einfluß standen. Auch der „Sunday Express“ bemerkt, es sei ein seltsames Zusammentreffen, von denen zwei in Paris leben und drei wegen ihrer Vorliebe für Frankreich bekannt sind, zu einer Entscheidung gelangten, die nahezu vollkommen den französischen Wünschen entspreche.

Der „New Statesman“ sagt, daß der Völkerbund eine große Gelegenheit verpasst habe. Wer könne jetzt noch glauben, daß Deutschland dem Bunde beitreten werde? Ohne Amerika sei der Bund schon wertlos genug, aber ohne ohne Deutschland sei er einfach eine Lächerlichkeit.

Die Nation schließlich bezeichnet die Entscheidung als entgegen sowohl den Bestimmungen

des Friedensvertrags wie dem gesunden Menschenverstand.

Der Wint mit dem Jaunpfaß.

London, 17. Okt. Wie Reuters erfährt, kann keine Rede davon sein, die Verbändstruppen aus Oberschlesien zurückzuziehen, ehe nicht ein Ausschluß an Ort und Stelle die genaue Grenzlinie festgestellt habe. Das könne vielleicht eine Verzögerung von einigen Wochen bedeuten. Es wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen im Interesse beider Parteien getroffen seien, und daß es unter den obwaltenden Umständen für unpassend gehalten werde, daß die unmittelbare Befestigung nicht die Bedingungen annähmen und ihr Bestes täten, um sie zu erfüllen. Vom politischen Standpunkt aus gelte die ganze Angelegenheit für erledigt, obwohl noch kleine Einzelheiten festzusetzen seien.

Ludwig III. von Bayern entschlafen.

München, 18. Okt. Das bayerische Telegraphen-Korrespondenzbüro meldet: König Ludwig von Bayern ist heute nachmittag 4.30 Uhr in Sarab gestorben.

Ludwig III. bestieg am 12. Dezember 1912 als Regent von Bayern den Wittelsbacher Thron. Die Beziehungen zum bayerischen Volk waren recht herzliche. Vor allem wegen seines schlichten Wesens. Er pflegte sehr häufig in einfachen Bürgerkleid sich in den Münchner Straßen zu zeigen. Als Ludwig III. am 5. November 1913 den Titel eines Königs von Bayern annahm, herrschte großer Jubel im Lande. Auch mit Beginn des Weltkrieges zeigte sich Ludwig als eifriger Träger des deutschen Reichsgedankens. Als Soldat hat er keine bedeutende Rolle gespielt. Auch im Weltkrieg beschränkte er sich darauf, die Einigkeit in seinem Volke zu erhalten und die Wunden zu heilen und mildern zu helfen. Nach seiner Abdankung nach der Revolution konnte er nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder nach Bayern zurückkehren und lebte meist in St. Bartholomäus am Königssee in stiller Zurückgezogenheit.

König Ludwig III. ist am 7. Januar 1845 in München geboren und hat ein Alter von 76 Jahren erreicht. Am 20. Februar 1868 vermählte er sich mit Maria Theresia, einer Erzherzogin von Oesterreich-Este, die ihm bereits vor einigen Jahren im Tode vorausgegangen ist. Er hat neun Kinder gehabt. Der älteste Sohn ist Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Preussischer Landtag.

Berlin, 18. Okt. Der Landtag feiert heute die am Freitag abgeordnete Aussprache über die Personalpolitik des Ministers des Innern fort.

Als erster Redner sprach der kommunistische Abgeordnete gegen dieses und jenes und noch gegen verschiedenes andere kostete. Dann kam der Parteifreund des angegriffenen Ministers, der Abg. Dejer zu Wort. Er bezeichnete es als Zweck der Interpellation, den Nachweis zu erbringen, daß an Stelle des Ministers Dominikus ein Sozialdemokrat sitzen müsse. Mit der Personalpolitik des Ministers wolle er einwerfen. Die demokratische Fraktion stellt sich geschlossener und einmütig hinter den Minister, auch wenn über einzelne Fragen Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Die Rede des Demokraten fand aus in eine Kritik an dieser ganzen Debatte im gegenwärtigen Augenblick und in die Behauptung der Notwendigkeit der Bildung einer breiteren Regierungsbasis.

Der Vorgänger des Ministers des Innern Dominikus, Severing (M.S.P.) meinte, zu der Zeit, als er Minister des Innern gewesen sei, seien die Demokraten energischer für die Demokratisierung der Verwaltung eingetreten wie jetzt. Eine Klassenverschiedenheit habe auch Severing für sich. Eine Klassenverschiedenheit habe auch Severing für sich. An den guten Absichten des Ministers des Innern zweifle keine Fraktion nicht. Es komme aber nicht auf die Wirkungen an.

Nach einer kurzen Rede des Ministers des Innern und zweier unabhängiger Reden war die Aussprache erledigt und das Haus wandte sich der Besprechung der Interpellation über die Kartoffelnot zu, die von fast allen Parteien des Hauses, auch vom Zentrum, eingebracht worden sind. Heute kam nur noch der Begründer der deutschnationalen Interpellation zu Wort. Als der Redner u. a. ausführte, an der jetzigen Lage und an dem traurigen Stand der Volksseele die Regierung sei der Revolution schuld, kam es zu lauten Protestkundgebungen aus der Linken. Morgen mittag geht die Beratung weiter.

Drohender amerikanischer Eisenbahnerstreik.

Washington, 18. Okt. Das Arbeitsdepartement hat, um den drohenden Eisenbahnerstreik zu verhindern, verschiedene Vorschläge gemacht, wonach die Frachtkosten der Eisenbahnen entsprechend der Verminderung der Löhne, wie sie im Juli empfohlen worden sei, herabgesetzt werden sollen.

den sollen, daß ferner die Eisenbahngesellschaften ihre Forderung nach einer neuen Lohnverminderung aufgeben sollen und daß die Angelegenheiten des Streikbeseitigungsvorverfahrens werden alle Vorbereitungen für den Ausbruch des Streiks getroffen. Für die Verteilung der Lebensmittel in New York stehen 57.000 Autos zur Verfügung. Wie aus Cleveland (Ohio) gemeldet wird, hat der Präsident des Verbandes der Maschinisten erklärt, die Vorschläge des Arbeitsdepartements seien unannehmbar.

Sowjet baut ab.

Unter den täglich wiederkehrenden Beweisen, die die bolschewistische Regierung selbst für den Bankrott ihrer Weltanbahnung liefert, ist die Einrichtung einer russischen Staatsbank der jüngste. Die Bank soll allen Industrieunternehmen, auch Privaten, Kredite gewähren, Beleihungen und alle rechtlichen Geschäfte des bürgerlichen Geschäftsbereichs vornehmen.

Politiken meldet aus Riga: Vor einigen Monaten erklärten Lenin und die gesamte bolschewistische Presse, die Naturalsteuer werde die einzige Form der Besteuerung des Bauernstandes bleiben. Man versprach den Bauern vollständige wirtschaftliche Freiheit. Der Rätekongreß sah sich dann auch veranlaßt, von neuem zu betonen, daß von einer Erhöhung der Naturalsteuer keine Rede sein könne. Zugleich aber haben nun die Bolschewiken eine neue Form der Besteuerung gefunden, die sie selbst Arbeitssteuer nennen und die in hundert obligatorischen Arbeitstagen geleistet wird. Diese neue sogenannte Arbeitssteuer soll bereits in dem Gouvernement Petersburg in Kraft getreten sein.

Türken und Griechen.

Paris, 18. Okt. Gavas meldet aus Konstantinopel: Die Kemalisten hatten einen heftigen Angriff auf der Front Rum-Karagisch in der Richtung auf Dumlupinar begonnen, um die

Eisenbahnlinie Estischehr-Smyrna abzuschneiden. Der Angriff, der mit zwei Divisionen Infanterie und einer Kavalleriedivision ausgeführt worden sei, habe bereits dazu geführt, daß die Eisenbahnlinie an zwei Stellen genommen wurde. An der Front von Estischehr haben die Türken noch nicht angegriffen.

Warum?

Paris, 17. Okt. Der Abgeordnete Jean aus dem Departement Meuse beschäftigt den Ministerpräsidenten Briand darüber zu interpellieren, weshalb er in Lothringen die deutsche Geleitzugung und Verwaltungsgesellschaften beibehalte, und warum er selbst in den wichtigsten Ämtern von Wirtschaft und Verwaltung befinde, deren Tätigkeit für die öffentliche Ruhe und die nationale Verteilung gefährlich sei.

Die Angst vor Bismarck.

Paris, 18. Okt. Die außerordentliche Sitzung der Kammer wurde heute nachmittag eröffnet. Abg. Margaine bebaute, daß Deutschland einen beträchtlichen industriellen Einfluß im Industriegebiet von Oberschlesien behalte. Abg. Dauterle führte aus, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland sei fünf Wochen nach der Ermordung des Kommandanten Montagu erfolgt. Die Regierung scheine Deutschland gegenüber keine klare bestimmte Politik zu verfolgen, was in dem Abkommen von Wiesbaden zum Ausdruck komme. Er wundere sich, daß der Vordenk Montagu nur auf fünf Jahren befristet wurde. Auf eine Frage Briands, was der Abgeordnete gegen hätte, erwiderte dieser, die Regierung habe nicht ihr Pflicht getan, weil sie wenige Wochen nach dem Attentat die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben habe. Die nachfolgende Regierung werde einen Krieg führen müssen, solange dies möglich sei, und er habe dem Rat gegeben, nicht auf Provokationen zu hören. Dauterle forderte die Kammer auf, allen Deutschen zu misstrauen, namentlich aber Stresemann und Rathenau. Die Stresemann-Partei sei die alte Partei Bismarcks. Aber auch den Sozialisten könne man nicht vertrauen.

Der Abg. Behrouz betonte, daß Briand die gesamte Sache des Obersten Rates nicht habe zum Siege führen können. Briand erwiderte, Frankreich sei im eigenen Rat nicht allein vertreten gewesen. Auch die Verbündeten hätten ihren Standpunkt vertreten. Behrouz sagte, er sei überzeugt, daß Lloyd George schließlich sich gebeugt und Briand Recht behalten hätte. Der Anteil, den der Völkerbund Deutschland zugesprochen habe, komme für Deutschland völlig unerwartet. Deutschland behalte die Möglichkeit, in Oberschlesien seine großen Kriegsanlagen wieder aufzurichten. Briand erklärte, der Friedensvertrag habe Frankreich eine Solidarität auf, die es nicht ohne Gefahr aufgeben könne. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei eine Bedrohung gewesen, sie wäre nur mit den Alliierten gemeinsam gemacht worden, wenn Deutschland das Ultimatum nicht angenommen hätte. Nach einem lebhaften Zwiegespräch zwischen Behrouz und Dauterle erklärte Briand, daß die Politik des Quai d'Orsay zu nichts gezwungen habe. Der französische Delegierte bei der Reparationskommission habe keine Instruktionen seiner Regierung gehabt. Das Land müsse sich Redenshaft darüber abgeben, daß der Beschluß der Alliierten den deutschen Goldmarkt die Bedrohung nehme. Deutschland habe bis jetzt geantwortet. Das Ultimatum sei angenommen worden. Was wolle man mehr?

Die Weiterberatung wurde auf morgen vertagt.

Ausgleichszulagen für die besetzten Gebiete.

Berlin, 18. Okt. Auf eine Anfrage der Abg. Dr. Schöningh, Dr. Kauser, Dr. Meißner und Schilling gab der Finanzminister dem preussischen Landtag den Bescheid, besondere Ausgleichszulagen oder Beihilfen für die besetzten Gebiete könnten nicht gewährt werden. Nachdem jedoch die Ausgleichszulage zum Grundbesitz zum Ortszuschlag und zu den Kinderbeihilfen erheblich aufgebessert worden seien, könne ein dringendes Bedürfnis, für die besetzten Gebiete weitere Maßnahmen zu treffen, nicht anerkannt werden, zumal den dort bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen bei der Aufstellung des vorläufigen Ortskassenvergleichnisses in weitem Maße Rechnung getragen worden sei und bei der endgültigen Regelung dieser Frage den Wünschen, soweit sie als berechtigt anzuerkennen sind, noch weiter entgegengekommen werden werde.

Die religiöse Kindererziehung.

Berlin, 18. Okt. Abg. Porck (Ztr.) hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: Das Reichsgesetz vom 15. Juli 1921 betreffend die religiöse Kindererziehung soll am 1. Januar 1922 für das ganze Reich in Kraft treten. Es kann indessen für ein Land durch Verordnung des Reichspräsidenten mit Zustimmung der betreffenden Landesregierung schon zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden. Mit Rücksicht auf die schwere Gewissensbedrückung, die der bisherige Religionsunterricht für viele Mütter mit sich bringt, wäre ein möglichst baldiges Inkrafttreten des Gesetzes auch für Preußen in hohem Grade erwünscht. Ist das Gesamtministerium bereit, den Erfolg der entsprechenden Verordnung beim Herrn Reichspräsidenten untertäniglich zu beantragen?

(Fortsetzung von Seite 1)

Man dürfe daheim nur mit echten Brauns'schen Farben u. fordere die lehrh. Gratsbücherei No. 1. Wilh. Brauns, Gesellsch. m. beschr. Hft., Quedlinburg.

(Fortsetzung folgt.)

Sinner **Backpulver** **die allgemein beliebten**
Liköre **PARA, Curaçao, Cherrv - Brandy, Vival (altpreußisch, Magenlikör)** **Qualitäts-Marken!**

